

Zivilcourage

Die Gesellschaft vor 100 Jahren war der heutigen Gesellschaft sehr ähnlich. Sie liebte es in der Weltgeschichte herum zu reisen. Auch gab es Bestrebungen gegen die herrschende Elite. Während die Menschen heute auf eine Zeitenwende warten, wollten die Menschen vor 100 Jahren einen Sozialstaat. Diese Bewegung nannte sich Anarchisten und sie haben viel bewegt. So tötete ein Anarchist den US Präsidenten William Mc Kinley und der Anarchist Gavrilo Princip entfesselte mit seinem Attentat auf den Österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand den Ersten Weltkrieg.

Da ist die gegenwärtige Bewegung besser, da diese keine Attentate auf Politiker plant und ausführt. Denn Attentate auf Politiker und Beamte führt nur zur repressiven Maßnahmen und bewirken nichts Positives. Da ist es schon viel interessanter zu verstehen, daß es nur 7% aktive Menschen einer Gesellschaft bedarf, um ein Regierungssystem zu stürzen. Es spielt hierbei keine Rolle, ob es sich hierbei um ein liebevolles, aufopferndes Führungssystem handelt, oder um eine bestialisch mordende Diktatur. 7% ist seltsamer Weise die magische Zahl, die es schafft ein System aus den Angeln zu heben. Der Grund ist denkbar einfach: Lediglich 2% unterstützen ein System mit Leib und Seele und die meisten Menschen auf dieser Welt sind Mitläufer.

In der BRD ist das nicht anders, obwohl ich niemanden kenne der noch mit der BRD zufrieden und glücklich ist, scheint das System fest im Sattel zu sitzen. Im Internet bekommt man auf verschiedenen Blogs mit, daß sehr viele Menschen hoffen, daß die Wirtschaftskatastrophe ausbricht. Sie möchten Politiker, Richter und Beamte an die Laterne hängen, auspeitschen, im Keller verhungern lassen und zelebrieren ihre Rache förmlich. Bei dem Unrecht, welches manchen Menschen widerfahren ist, verständlich, aber ist das sinnvoll? Bei wem soll man anfangen und bei wem soll man aufhören?

Mir gehen diese „Selbstjustizianten“ ziemlich gegen den Strich, denn was man am wenigsten Brauchen kann sind unkontrollierbare Standgerichte. Am Bekanntesten ist die Verselbstständigung der Standgerichte aus der Französischen Revolution, aus der der Spruch kommt: Die Revolution frißt Ihre eigenen Kinder. 1990 hatten wir in Rumänien ähnliche Zustände, die ich kurz beschreiben möchte, um vielleicht den einen oder anderen „Selbstjustizianten“ zum Nachdenken zu bewegen.

Die Revolution in Rumänien war 1989 die letzte im europäischen Ostblock. Von heute auf morgen war Coucescou vom geliebten Staatsoberhaupt zur Person NON GRATA verkommen. Ein Militärrichter, der ihm einmal die Treue geschworen hatte, verurteilte ihn in einem unfairen Verfahren zum Tode, was umgehend vollsteckt wurde. Dieses verachtende Schauspiel wurde live im rumänischen Fernsehen übertragen, wodurch jedem in Rumänien klar wurde, wer jetzt das Sagen hat: Nämlich jeder, der gegen das alte Regierungssystem ist.

Das führte umgehend dazu, daß jeder Beamte, der unter Coucescou gedient hatte, und war es nur ein kleiner Standesbeamter, oder ein kleines Licht aus der Stadtverwaltung, seines Lebens nicht mehr sicher war. Diese Menschen wurden geschlagen, getreten, abgestochen oder erschossen mit einer simplen Begründung: „Sie haben einen Diktator unterstützt“. Jeder, der einen persönlichen Grund sah, einem Beamten zu schaden, setzte dies in die Tat um. Umgehend wehrten sich die Beamten und schossen auf Alles, was auf der Straße zu sehen war. Es bildeten sich militärische Kampfseinheiten und es sah über Monate so aus, als würde Rumänien in einen langen, blutigen Bürgerkrieg versinken. Nur mit einer Amnestie wurde eine totale Eskalation in letzter Millisekunde vermieden.

Wenn Gerechtigkeit gefordert wird, so kann das nur über ein ehrlich reformiertes Rechtssystem geschehen. Unkenrufe über den Mörder von Madeleine McCann, oder die Hintergründe der Rollstuhlattentäterin sind hier nicht zielführend, da jeder, der nicht mit dieser Sache vertraut ist, auch nicht darüber urteilen kann, ob diese ungeheuerlichen Anschuldigungen gerechtfertigt sind oder nicht. Deswegen halte ich nicht viel von solchen Verbreitungen im Internet, da viele Menschen mit solchen Nachrichten nicht besonnen umgehen können. Es wäre die Aufgabe einer ehrlichen und unabhängigen Presse solche Informationen zu recherchieren und publik zu machen, doch davon ist unsere Presse weit entfernt, wie der Fall Hans Meiser zeigt. Die Internet-Medien haben hierzu nicht das Kapital und den Bekanntheitsgrad, um solche Themen ab zu arbeiten.

So aussichtslos diese Situation scheint, so vielversprechend ist sie auch. Die sozialen Untersuchungen besagen nämlich, daß es egal ist, ob die 7% gewalttätig sind, oder friedlich. Soziale Umwälzungen können friedlich erfolgen, wie in den 80er Jahren im Ostblock zu sehen war. Man muß sich nur bewußt sein, daß jedes Volk die stärksten Waffen der Welt in der Hand hält. Es sind keine Atombomben oder Maschinengewehre oder Brandflaschen, sondern freie Gedanken und die Schrift. Mit dem Papierkrieg hat man schon viele Schlachten gewonnen und sie sind die Basis, des freundlichen Widerstandes.



Statt im Internet seinen Unmut zu veröffentlichen, wäre es sinnvoller diese Zeit dahin zu nutzen den Beamtenapparat zu beschäftigen. Die einzige Truppe, die das sinnvoll macht sind die „Reichsdeutschen“. Sie haben sogar die Eigenschaft, daß sie sehr zersplittert sind, was es der BRD schwer macht, sie zu greifen. Das wird sogar schon offen im Staatsfernsehen zugegeben. Aber die Reichsdeutschen haben das Problem, daß sie sich dem System nicht auf gleicher Ebene stellen. Zudem meint jede Gruppierung, daß Ihre Vorstellung die einzig völkerrechtlich bindende Art von Deutschland darstellt. So gibt es Verfechter der DDR-Verfassung, der Verfassung von 1919, der Verfassung von 1873 oder der Paulskirchen-Verfassung. Jede Truppe hat gute Argumente, warum „ihre“ Verfassung die gerade gültige Verfassung von Deutschland ist und übersehen damit den 2+4 Vertrag.

Wer erfolgreich sein will muß den 2+4 Vertrag kennen

Der 2+4 Vertrag war ein angedachtes Instrumentarium, um den völkerrechtlichen gordischen Knoten um Deutschland zu durchschlagen. Die Siegermächte hatten nach der Kapitulation Deutschlands gegen Völkerrecht verstoßen, indem sie die Deutsche Regierung verhaftete und deutsche Ostgebiete unter Verwaltung stellte. Heute leben auf diesen Gebieten fast keine Deutsche mehr und eine Rückgabe der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie hätte wieder humanitäre Ungerechtigkeiten mit sich gebracht. Aus diesem Grunde entschied man sich einen neuen Staat zu gründen, der den Namen Vereintes Deutschland tragen sollte. Damit dieser Staat gegründet werden konnte, wurde eine Verfassungsgebende Kommission gegründet. Vorsitzender dieser wichtigen und historischen Kommission war Herr Schäuble, der seine Arbeit nach zwei Jahren unerledigt niederlegte.

Mit der Niederlegung der Arbeit in der Verfassungsgebenden Kommission kam es zu einer Verkettung völkerrechtlicher Probleme. Das Provisorium Grundgesetz, welches jetzt ohne Geltungsbereich war, sollte eigentlich nur die Bahn frei machen für ein Souveränes Deutschland. Dank des Volksverrates von Herrn Schäuble mußte es irgendwie wiederbelebt werden. Deswegen definierte man die BRD jetzt über die EU und die BRD mußte sich weiterhin als Treuhänderin über das nicht handlungsfähige Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 definieren. So waren bis zum 1. Juli 2012 die Beamten auf das Deutsche Reich vom 31.12.1937 vereidigt. Dies ist nun auch nicht mehr notwendig, da sukzessive alle Behörden zu einer Privatfirma umgewandelt wurden. Zuerst wurde die Versorgung Deutschlands

durch Cross-Border-Leasing Gesellschaften privatisiert. In den Medien gefeiert, von der Politik gelobt darf nun der Nutzer vom verleasten Staatseigentum diese Leistung teuer bezahlen und die Kosten dieser Leistungen steigt und steigt und steigt. Später wurde das Arbeitsamt eine Arbeitsagentur, wo sich Freunde von Herrn Schröder bis heute kräftig bereichern. Weitere Privatisierungen betreffen Polizeistationen, Finanzämter, Stadtverwaltungen usw. wie man bei D&B <http://www.dnb.com/> recherchieren kann. Im Link <https://www.youtube.com/watch?v=YWfy63Wmdlw> sieht und hört man, wie Herr Schäuble die von ihm begangenen Volksverrat für gut und richtig befindet.

Erfolg stellt sich ein, wenn man das System erkennt

Die Mitarbeiter dieses Systems heißen Beamte. Sie zeichnen sich nicht dadurch aus, daß sie ein besonders hohes Nationalgefühl haben, oder mutig sind. Sie sind sehr häufig Beamte, weil ein sicherer Arbeitsplatz für sie das erstrebenswerteste ist, was es im Leben gibt. Für diese Sicherheit nehmen sie alles in Kauf. In meiner Klasse gab es eine Handvoll Schüler, die schimpften über ungerechte Lehrer mit. Aber sobald es zu einem Disput kam und man als Klasse das Fehlverhalten kritisierte, stellten sie sich demonstrativ hinter dem Lehrer und hatten fadenscheinige Argumente, warum sie die Position gewechselt hatten. Diese Handvoll wurde Beamte.

In meiner Arbeit in großen Konzernen mußte ich feststellen, daß die Wadenbeißer, die also jeden Fehler dem Chef meldeten um sich gut darzustellen, gerne verbeamtet worden wären. Häufig hatten sie das Pech, daß ihre Bewerbung dort nicht zum Erfolg führte oder sie auf Grund familiärer Kontakte in den Konzern sind. Dadurch bin ich überzeugt, daß ein großer Teil von Beamten den leichtesten Weg nimmt und nicht auffallen möchte. Beamte, wie Ivette Pfeiffer oder Alfred Hartlaub, die ihre Arbeit ehrlich ausführten und bei juristischen Widersprüchen remonstrierten, wurden entlassen, um der Schar von Beamten klar zu machen, daß man sich an die politischen Vorgaben halten muß.

Damit hat die BRD ihr Machtmonopol ausgenutzt, um ihre Beamten für ihre Arbeit effektiv ein zu spannen. Aber damit wächst auch in einer unbekanntenen Anzahl von Beamten der Unmut. Unmut über Ungerechtigkeit, Unmut über das sehr zweifelhaftes Geschäftsgebahren der BRD und vieles andere mehr.

Dank der Bundesbereinigungsgesetze ist klar, daß Bußgelder juristisch den Straftatbestand der organisierten Bandenplünderung erfüllen, Richter in der BRD illegal tätig sind, Polizisten keine Verfügungsgewalt haben und vieles andere mehr. Aus diesem Grunde wird in der BRD auch nichts mehr unterschrieben. Hier kann man den Hebel des Erfolges ansetzen. Man befolgt die Vorgaben der „Behörden“ und fordert ein rechtlich bindendes Dokument mit folgender Argumentation:

Aufgrund ihrer weisungsgebundenen Dienstverhältnisse sind Ihre Dokumente nach Ihrem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), im Näheren den §37 VwVfG sowie nach §§ 125, 126, 126a sowie §823 BGB rechtswirksam, also lesbar mit Vor- und Zuname ohne Zusätze zu unterschreiben.

Im Weiteren ein Hinweis zum Zusatz „i. A.“: (BGH, Urteil vom 19. Juni 2007 – VI ZB 81/05 – BGH, Urteil vom 31. März 2002 – II ZR 192/02 – BGH, Urteil vom 5. November 1987 – V ZR 139/87). Das bedeutet, daß mir jemand bitte ein Schreiben schickt, der für das, was er schreibt, auch selbst Verantwortung trägt.

Mit dieser rechtlich vollkommen legitimen Forderung stört man die Beamten in ihrer Komfortzone. Spätestens nach der 5. Unterschriftenforderung wird ihm mulmig und er beginnt im Amt zu klagen. Die Beamten, die auf der Seite des Volkes sind und jetzt gebundene Hände haben, werden die Gunst der Stunde nutzen, um die Behörde wieder menschlich und juristisch einwandfrei auf zu stellen. Bei Urteilen ist noch etwas tiefer zu gehen, da die Gerichte der BRD juristisch eine sog. „Negativbeurkundung“ machen. Sie schreiben, daß die Ausfertigung vom Gericht der Urschrift entspricht. Damit bestätigen die Gerichte, daß es sich beim Urteil um keine Urkunde handelt, sondern um ein nicht rechtsgültige

Urschrift, die deshalb ungültig ist, da sie nicht im Umlauf gebracht worden ist. Also lediglich eine Willenserklärung der Richter darstellt.

Wenn täglich viele Menschen eine Unterschrift fordern, wird sich was bewegen!

Aber auch die Polizei kann man auf witzige Weise auf die Seite des Volkes holen. Ich erinnere mich sehr gut daran, als der Papst in der BRD war, daß ihn jemand angezeigt hatte, weil er in seinem Papamobil nicht angegurtet war. Es wäre noch besser gewesen, wenn er diese Idee publiziert hätte und es wären 50.000 Anzeigen zu diesem Thema gekommen. Dies hätte den gesamten Polizeiapparat für einen ganzen Tag wegen sinnloser Bevormundung der Bürger still gelegt. Die Polizei hat nämlich den Sinn für Sicherheit und Ordnung zu sorgen und nicht für randalierende Fußballfans, Erfüllung sinnloser Gesetze und so vieles mehr.

Wer für eine friedliche und mitmenschliche Zeitwende einsteht, der fordert von den Behörden ein, daß sie ihre Schreiben unterschreiben. So stört man die Beamten in ihrer Komfortzone und die Beamten, die sich für eine positive Veränderung der Gesellschaft einsetzen, werden die Gunst der Stunde nutzen, um sinnvolle Reformen durch zu setzen.

Stefan Doliwa

www.vorgesorgt.info